

**Rede
der Sprecherin für Verbraucherschutz**

Immacolata Glosemeyer, MdL

zu TOP Nr. 29

Erste Beratung

**Lebensmittel retten - Containern und „Bändern“
entkriminalisieren**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2896

während der Plenarsitzung vom 28.02.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Frau Staudte, Sie haben es eingangs gesagt: Bei uns besteht die Problematik der Lebensmittelverschwendung. Dies ist wirklich ein beschämendes Thema, das wir hier schon mehrfach diskutiert haben. Es ist bereits gesagt worden: Wir unterhalten uns über zu viel Lebensmittel, die weggeworfen werden, während andere Menschen hungern. Dieses Problem müssen wir hier behandeln.

Dann darf ich noch einmal sagen, dass wir uns bei dieser Problematik darin einig sind, dass wir auf jeden Fall tätig werden müssen, was die Lebensmittelverschwendung anbelangt. Darüber, dass es unterschiedliche Maßnahmen hiergegen gibt, haben wir hier auch schon häufig gesprochen.

Nun geht es konkret um Ihren Antrag, um das Containern und um das Bändern. Das ist nicht die Lösung des Problems.

Das ist auch nicht das, was man sich wünscht. Man möchte sich nicht wünschen, dass Menschen in Mülltonnen krabbeln und sich Lebensmittel herausholen müssen. Aber es gibt - das sagten Sie bereits - Projekte, bei denen Lebensmittelmärkte ihre Lebensmittel abgeben müssen und eine Strafe angedroht wird, wenn sie es nicht tun. In Tschechien gibt es beispielsweise ein solches Modell.

Es ist auch gesagt worden, dass man sich auf Bundesebene erst einmal für die Freiwilligkeit entschieden hat. Ich finde, wir sollten im Ausschuss durchaus noch einmal darüber beraten - so lautet ja auch eine Ihrer Forderungen -, inwieweit anderes notwendig ist.

Das Bändern und das Containern haben auch einen juristischen Aspekt, der hier bereits diskutiert worden ist. Nicht nur, dass wir das Containern eigentlich nicht möchten, weil wir nicht wollen, dass Menschen in Mülltonnen krabbeln. Man muss sich auch überlegen, welche Konsequenzen oder Problematiken damit verbunden sind. Ich denke hierbei auch an Hygienestandards, die - natürlich - nicht eingehalten werden. Auch beim Bändern weiß man nicht, ob Krankheitserreger übertragen werden, was wir natürlich auf gar keinen Fall in Kauf nehmen wollen.

Ich finde, wir sollten den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen beauftragen, einmal die juristische Seite zu betrachten.

Darüber hinaus - das ist auch in Ihrem Antrag erwähnt worden - gibt es Überlegungen zum Foodsharing. Auch dies ist ein Baustein für diese Situation. Auch dies ist eine Möglichkeit, Lebensmittel abzugeben, wobei auch ich mich mit Tafeln unterhalten habe, die gesagt haben, dass sie zunehmend Schwierigkeiten haben, Lebensmittel zu bekommen, weil das Foodsharing frühzeitiger ansetzt, wobei dies ein Personenkreis in Anspruch nimmt, der nicht bedürftig ist. Hierdurch bleiben für die bedürftigen Gäste weniger Lebensmittel übrig. Auch das ist eine Thematik, über die wir im Ausschuss reden sollten.

In der Sache sind wir uns grundsätzlich einig. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass wir natürlich auch als Verbraucherinnen und Verbraucher gefordert sind. Auch wir sind gefordert, zu schauen, wie wir eigentlich einkaufen. Da setze ich bei dem an, was Frau Koch gesagt hat: Mache ich mir einen Einkaufsplan? Kaufe ich nur ein, was ich brauche? Nehme ich auch den Apfel oder die Banane mit Flecken mit, oder lasse ich sie liegen? Und dann müssen sich natürlich auch die Lebensmittelketten daran gewöhnen, dass wir vielleicht nicht dieses vielfältige Angebot benötigen, das zurzeit vorherrscht.

Es gibt also viele Dinge, die wir im Ausschuss bereden sollten. Wir sind zunächst einmal offen.

Danke.